

**Sperrfrist: 17.12.2020 – 19:00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden André Klocks in der Sitzung des Gemeinderates am 17.12.2020**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Mitgliederinnen und Mitglieder des Rates,

die deutsche Finanzpolitik ist weiterhin darauf ausgerichtet, die Auswirkungen der Coronapandemie zu bewältigen. Durch den corona-bedingten Wirtschaftseinbruch steigen die Defizite und die Kreditaufnahmen der Kommunen wieder an. Mit den Stabilisierungsmaßnahmen gehen hohe Defizite und steigende Schulden durch die Aufnahme von Kassenkrediten einher. Der Ausblick bleibt dabei höchst unsicher.

Auch an der Sennegemeinde gehen die Auswirkungen der Coronapandemie nicht spurlos vorbei. Wichtige Steuereinnahmen bleiben aus und die Ausgaben steigen noch einmal außerordentlich an. Anhaltende Infektionsrisiken stellen auch für die kommunalen Haushalte in 2021 weiterhin ein erhebliches finanzielles Risiko dar.

Die Aussichten für das kommende Jahr hängen entscheidend von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der weiteren fiskalischen Stabilisierungspolitik ab.

In seiner Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2021 machte der Kämmerer deutlich, dass sich das reale Defizit ohne NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz auf rund 3 Mio. Euro belaufen würde. Der Bürgermeister hat es als „Zauberei“ bezeichnet, dass das Defizit im Haushaltsplan durch dieses Instrument verringert werden konnte.

Ich bezeichne das Covid-Isolierungsgesetz hingegen als ein scheinheiliges Instrument mit dem temporär die kommunalen Haushalte gesundmanipuliert werden. Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF-Gesetz) wurde eingeführt, damit die Kommunen nach langer Zeit der Kameralistik in ihrem Rechnungswesen den Ressourcenverbrauch in Form von Aufwendungen und Erträgen sichtbar machen können. Die wahren Verluste der nordrhein-westfälischen Kommunen werden damit verschleiert und den Bürgermeistern, Gemeinderäten und Bürgern wird suggeriert, dass es keine Coronapandemie gegeben hat. Auch die Privatwirtschaft hat nicht die Möglichkeit, die Covid-Pandemie aus ihren Geschäftsbüchern zu eliminieren. Stattdessen tauchen die Verluste in den Jahresabschlüssen der Unternehmen auf und werden dazu führen, die Gewerbesteuererträge bei den Kommunen zu reduzieren.

Durch die schwankungsanfällige Kommunalfinanzierung sind die Bundesländer gefordert. Ein einfaches Lockern haushaltsrechtlicher Vorschriften für die Gemeinden wird keinen nachhaltigen Ausweg bieten.

Die Finanzplanung und die Jahresabschlüsse der Kommunen werden die Coronapandemie in Form von Kassenkrediten und anderen Kreditaufnahmen unvermeidlich sichtbar machen. Auch der vom Land und Bund erstattete Ausfall der Gewerbesteuererträge wird für den Bürger mittelfristig teuer werden, denn auch der

Bund und das Land finanzieren sich über Steuern und auch von dort werden unweigerlich Steuererhöhungen auf den Bürger zukommen, wenn die Coronapandemie überstanden ist. Die erhaltenen 2,9 Mio. Euro sind daher kein Geschenk an die Bürger der Gemeinde Hövelhof.

Das historisch niedrige Zinsniveau bietet optimale Voraussetzungen, um kreditfinanzierte langfristige Investitionen vornehmen zu können. Hier sind für Hövelhof das geplante Hallenbad sowie das Feuerwehrgerätehaus zu nennen.

Der vom Kämmerer in seiner Haushaltsrede gewünschte „Plan B“ für den Haushalt 2021 und die darauffolgenden Haushalte ist für uns als FDP-Fraktion allerdings nicht erkennbar, daher ist Kritik notwendig, muss sein und bringt uns auch voran:

- Wir können uns in einer Notsituation nicht unbegrenzt verschulden. Verzicht fällt einigen schwer und so sind auch im Haushaltsplan für 2021 wieder ordentliche Aufwendungen im Marketingbereich in Höhe von 413.174,-- Euro eingeplant worden. Auch in den Folgejahren ist alleine aufgrund steigender Personalkosten mit noch höheren Aufwendungen zu rechnen. Ein Fass ohne Boden! Erst nach der Coronapandemie wird das Grauen in voller Gänze im Haushalt und den nachfolgenden Jahresabschlüssen sichtbar. Die Marketingaufwendungen bewegen sich für eine kleine Gemeinde wie Hövelhof auf einem extrem hohen Niveau. Selbst im Covid-Jahr 2020 hat man es nicht geschafft, die Marketingaufwendungen auf ein gesundes Maß zu stutzen
- Durch die entstandenen Verluste der letzten Haushaltsjahre ist die Ausgleichsrücklage weiter abgeschmolzen und bietet kein Polster mehr für weitere Verluste, die unweigerlich eintreten werden, wenn sich keine Besserung abzeichnet
- Die Personalkosten stellen einen wesentlichen Anteil im Bereich der Aufwendungen dar. Wenn wir eine leistungsfähige Verwaltung haben möchten, können wir an den Personalaufwendungen kaum etwas ändern
- Im Bereich der Zuschüsse ist ebenfalls kein „Plan B“ erkennbar. Die Zuschüsse bleiben weiterhin unangetastet
- Für die Gewerbepark Senne GmbH hat es der Bürgermeister in den vergangenen Jahren versäumt, den Rat und die Bürger regelmäßig über den aktuellen Stand dieses Projektes zu informieren. Nur auf explizite Nachfrage unserer Fraktion wurde informiert und auch das nur in nicht-öffentlichen Sitzungen
- Die unangetasteten Hebesätze im Bereich der Gewerbesteuer und Grundsteuer führen ebenso nicht zu einer Entlastung des Haushaltes. Wir haben die Wahl zwischen der Erhöhung der Einnahmen, Verminderung der Ausgaben oder die Aufnahme von Krediten
- Zum Bauamt: Ein Jahr lang hatte die Gemeinde Hövelhof krankheitsbedingt keinen Bauamtsleiter mehr. Weitere Personalabgänge in diesem Amt haben dazu geführt, dass sich die Situation immer weiter verschlechtert. Auch hier hat der Bürgermeister es versäumt, kurzfristig wirkende Maßnahmen zu ergreifen
- Für den Verfügungsfonds wünschen wir uns größere Transparenz und möchten anregen, eine Anlage dazu in den Haushaltsplan aufzunehmen (mit Ausweis der finanzierten Vermögensgegenstände des Vorjahres und Betrag der

Auffüllung des Verfügungsfonds für das Jahr des Haushaltsplanes). Zuletzt ist für die Finanzierung des Bronzomodells gegen die eigens vom Hövelhofer Rat beschlossene Förderrichtlinie verstoßen worden, indem der privatwirtschaftlich vorgesehene Anteil aus der Gemeindekasse finanziert worden ist. Aus unserer Sicht fehlt hier die notwendige Transparenz und der Bauamtsleiter, der krankheitsbedingt im vergangenen Jahr abwesend war, konnte das ihm eingeräumte Vetorecht nicht ausüben

- Anregen möchte ich, einen größeren Beitrag im Bereich der Ausbildung zu leisten. Motivierte Auszubildende können einen Beitrag dazu leisten, wichtige anstehende Projekte zu realisieren und Nachwuchskräfte für die Hövelhofer Verwaltung zu gewinnen. Die wichtigste Ressource der öffentlichen Verwaltung sind die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Nachwuchsgewinnung bereitet den Kommunen zunehmend Probleme. Dem Fachkräftemangel sollte damit entgegengewirkt werden. Der Bindung der eigenen Mitarbeiter sollte eine hohe Priorität eingeräumt werden.
- Die Einführung der E-Rechnung kann nur ein erster Schritt in Richtung Verwaltungsdigitalisierung gewesen sein. Mir fehlt hier für die Hövelhofer Verwaltung eine Digitalisierungsstrategie
- Bezüglich der Immobilie von Möllers haben Sie, Herr Berens, eine weitere Variante nach Ausübung des Vorkaufsrechtes durch die Gemeinde ins Spiel gebracht. Erst hieß es, das Gebäude soll abgerissen werden, dann hat die CDU-Fraktion einen Rückzieher gemacht und plötzlich ist ggf. ein Neubau im Spiel. Das ist alles andere als ein „ruhiges Händchen“, wie es der CDU-Fraktionsvorsitzende Udo Neisens in seinem jüngst eingebrachten Antrag erwähnt hat. Unsere Fraktion hatte die Stellungnahme des Ortsheimatpflegers zur Immobilie Möller beantragt. Die Stellungnahme des Ortsheimatpflegers zur Möller-Immobilie haben Sie bis zum Schluss gut versteckt und hinausgezögert. Auch ist die Stellungnahme erst nach der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in das Ratsinformationssystem hochgeladen worden. War die Stellungnahme des Ortsheimatpflegers Ihrerseits nicht erwünscht? Sonst legen Sie doch viel Wert auf ehrenamtliches Engagement. Ist ehrenamtliches Engagement nur erwünscht, wenn man die gleichen Positionen wie der Bürgermeister vertritt? Das kann man eindeutig so benennen. Erneut zeigt sich, wie wichtig auch die örtliche Presse ist, die über solche Ereignisse berichtet und den Bürgern eine objektivere Sichtweise politischer Ereignisse zur Verfügung stellt.
- Auch hinsichtlich des Hallenbades haben Sie im AFSK ein waghalsiges Projekt ins Spiel gebracht: Ein Außenbecken und ein Therapiezentrum für die Behandlung von Rückenleiden und die Ausgliederung des Hallenbades in eine GmbH. Die Hövelhofer Bürger wünschen sich ein Hallenbad, das für die Familien attraktiv ist. Seit langer Zeit weichen Hövelhofer Familien auf die umliegenden Hallenbäder in Schloß Holte-Stukenbrock oder Delbrück aus. Gemeinden dürfen sich nur unter engen Voraussetzungen wirtschaftlich betätigen. Auch die Nutzung privatwirtschaftlicher Rechtsformen ist nur eingeschränkt möglich. Sinn macht hingegen, einen steuerlichen Querverbund von Betrieben gewerblicher Art zu prüfen, um Verluste steuermindernd geltend

machen zu können. Eine GmbH macht aus unserer Sicht keinen Sinn! Ich hatte damals bereits die Rechtsform der GmbH für den Gewerbepark kritisiert und einen Zweckverband als Rechtsform favorisiert. In der GmbH wollte man damals Vorsteuer in Abzug bringen, um steuerliche Vorteile zu erzielen. Diese Gestaltung hat sich aber schnell als nicht realisierbar erwiesen. Auch die Fortschritte bei der Realisierung des Gewerbeparkes halten sich gelinde gesagt in Grenzen.

Uns hat man damals seitens der CDU vorgeworfen, wir würden ein Spaßbad auf die Beine stellen wollen und jetzt wird das Bad plötzlich trotz knapper Kassen im Kopf des Bürgermeisters immer größer. Aufgabe einer kleinen Gemeinde ist es nicht, sich wirtschaftlich zu betätigen. Es ist keine Zeit für Experimente!.

- Der Informationspflicht des Bürgermeisters ist auch im vergangenen Jahr nicht genügend nachgekommen worden. Der Gemeinderat ist auch Aufsichtsorgan und wir wünschen uns hinsichtlich wichtiger Geschäftsvorfälle eine frühzeitige Information. Dazu gehört aus unserer Sicht auf jeden Fall z.B. die Information, dass Sie vom damaligen Trägerverein der OGS Kirchscheule anwaltlich einen Betrag in Höhe von rund 150.000,- Euro zurückfordern. Hier hat man uns noch vor wenigen Monaten erzählen wollen, dass alles in Ordnung ist und nun müssen wir über die Presse erfahren, dass ein sehr hoher Betrag zurückgefordert wird. Man muss sich hier in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob die Verwaltung die Prüfung der Verwendungsnachweise damals nicht ordentlich geprüft hat oder ob der Anspruch zu Unrecht geltend gemacht wird. Auf jeden Fall handelt es sich um einen Sachverhalt über den der Gemeinderat unterrichtet werden muss und zwar vom Bürgermeister und nicht durch die Presse.

Was ist notwendig um sich als Gemeindeverwaltung auf risikoreichere Zeiten einzustellen? In erster Linie ist es wichtig, ein Management zu haben, das die richtigen Weichen stellt, elementare Probleme erkennt und schnell handelt. Ansonsten werden wir die finanzielle Krise und die darauffolgenden Jahre nicht meistern können. Hierzu gehört eine gute Führung, die authentisch ist und die Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiviert. Des Weiteren sollten wichtige Digitalisierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung umgesetzt werden.

Dass das Büro des Bürgermeisters bei der Veröffentlichung von Unterlagen und Protokollen immer wieder manuell eine E-Mail an die Ratsmitglieder verschicken muss, zeigt, dass wir auch bei der Digitalisierung der Ratsarbeit noch nicht gut vorangekommen sind.

Digitalisierungsprojekte sind mit Kosten verbunden, die sich jedoch in den nachfolgenden Jahren amortisieren können. Das kann nur mit einer Rathausmannschaft gelingen, die nicht schrumpft, bzw. die Hövelhofer Verwaltung verlässt.

Zuletzt möchte ich auf die Pressemitteilung der CDU zur Übertragung der Ratsaufgaben auf den HFA eingehen. Der Rat ist die politische Vertretung der Gemeindebürger. Eine Übertragung der Befugnisse des Rates auf die HFA-Mitglieder ist aus unserer Sicht absolut nicht notwendig. Wir sind mit dem Rat und den Ausschüssen in den letzten Monaten in das Schützen- und Bürgerhaus ausgewichen, alle Personen tragen Masken und es sind Maßnahmen ergriffen worden, um die Sitzungen während der Coronapandemie weiterhin stattfinden zu lassen. Alle Ratsmitglieder, die nicht mehr an der Ratssitzung teilnehmen können, werden faktisch ihrer Stimme beraubt und haben keine Möglichkeit mehr im Rat an den Diskussionen teilzunehmen. Es ist trotz Coronapandemie möglich, mit dem gesamten Rat zu tagen. Maßnahmen dieser Art sollten verhältnismäßig, erforderlich und angemessen sein. Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Es wird über das Ziel hinausgeschossen!

Die FDP-Fraktion wird auch in diesem Jahr den Haushalt ablehnen. Gründe gibt es aus unserer Sicht hierfür wieder genug.

Bedanken möchte ich mich ausdrücklich bei der Gemeindegemeinschaft und insbesondere beim Kämmerer Andreas Schwarzenberg, der uns im Rahmen unserer Haushaltsberatungen kompetent zur Seite stand und auch unangenehme Punkte in seiner Haushaltsrede angesprochen hat. Nur so ist es möglich, der Kommunalpolitik wichtige Anregungen zu geben.

Ich wünsche allen – trotz Coronapandemie – ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.